



Autor: dav
Tages-Anzeiger
8004 Zürich
tel. 044 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Auflage 173'877 Ex.
Reichweite 490'000 Leser
Erscheint 6 x woe
Fläche 19'763 mm²
Wert 4'200 CHF

Studie

Teilweise werden die Gelder im gleichen Haushalt umverteilt

Die **Stiftung CH2048** will die Verteilung in der Schweiz weiter erforschen.

Wie geht es dem Mittelstand? Dieser Frage widmet sich die **Stiftung CH2048**, die **Christoph Koellreuter** initiiert hat. Der Ökonom ist Gründer des Forschungsunternehmens BAK Basel Economics, und er ist Mitglied der SP. Mit der ersten Tagung letzte Woche löste die Stiftung eine Debatte aus, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommentatoren übten massive Kritik.

Die Kritik zielt auf eine Studie über die Umverteilung, die **CH2048** bei Monika Engler von der Universität St. Gallen in Auftrag gegeben hat. Die Resultate der Studie dienen als Beleg für die Sorge um den Mittelstand. Sie kommt zum Schluss, dass sehr tiefe Einkommen im Schnitt dank staatlicher Leistungen über ein höheres tatsächliches Einkommen verfügen als der untere und mittlere Mittelstand. Koellreuter zeigt sich erfreut über die Debatte, sie sei nötig. Der pensionierte Ökonom stellt eine zunehmende Frustration im Mittelstand fest und führt diese im Gegensatz zu seinen Parteikollegen nicht primär auf eine ungerechte Entwicklung der Löhne zu-

rück, sondern auf staatliche Eingriffe. Der Basler räumt aber ein, dass die Studie den Zusammenhang zwischen den Haushaltseinkommen und staatlichen Leistungen wie Bildung, AHV oder IV stark vereinfache. Dies liege daran, dass es dazu bisher kaum Forschung gibt. Angeregt von Koellreuter wollen die BAK Basel sowie die Universität Basel nun Verteilungsforschung betreiben und exakte Daten liefern.

Repräsentative Stichprobe

Die Studie Englers beruht auf der Staatsrechnung von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen sowie der Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE) des Bundesamts für Statistik. Die EVE-Daten verwendete Engler, um den Staatshaushalt auf die Haushalte aufzuteilen. Laut der Ökonomin handelt es sich bei der EVE um eine repräsentative Stichprobe, die entgegen der Kritik des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds aussagekräftig sei. Die Daten stammen aus dem Jahr 2005. Engler bezweifelt aber, dass sich seither viel geändert hat. Sie habe auch die Angaben von 1990, 1998 und 2000 durchgerechnet - mit vergleichbarem Resultat. Zutreffend sei der Einwand, dass es sich nicht bei allen Transfers um Umverteilungen handle.

Teilweise werden Gelder im Verlaufe eines Lebenszyklus im gleichen Haushalt verschoben. In der Vorsorge sparen die Personen für sich selbst. Engler betont aber, dass sich die Studie auf Personen im Erwerbsalter beziehe. Allerdings sind in der Gruppe der Einkommen um 12'000 Franken auch Früh- oder Teilpensionierte enthalten.

Laut Engler übertreffen die Verschiebungen über den Lebenszyklus die Umverteilung zwischen Haushalten. «Ihr Anteil an der Gesamtumverteilung beträgt 75 Prozent oder mehr», hält sie fest. Auf einzelne Jahre bezogen, werde zwischen den Haushalten allerdings viel verteilt. «Wer diese Zahlen einfach wegwischt, macht es sich zu einfach.»

Koellreuter betont, dass es seiner Stiftung nicht darum gehe, mittlere Einkommen gegen tiefe auszuspielen. «Wichtig ist aber, dass es verstärkt Anreize gibt, mehr zu arbeiten und sich weiterzubilden.» Dies lohne sich vor allem für Eltern nicht, bei denen Krippenvergünstigungen wegfallen. Die Stiftung will auch Vorschläge ausarbeiten, welche die «obersten Einkommens- und Vermögensprozente zu mehr Solidarität anhalten». Allerdings solle dabei das «Abwanderungsrisiko möglichst gering» gehalten werden. (dav)